

hinterGRÜNde

INFORMATIONEN AUS BÜRGERSCHAFT UND KREISTAGSFRAKTION



Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI
in der Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/FR
im Kreistag Vorpommern-Rügen

EDITORIAL

MUTIG NEUE WEGE GEHEN



Prof. Dr. Ludwig Wetenkamp
Vorsitzender der
Kreistagsfraktion

Liebe Leser*innen,

Corona hat uns allen Grenzen aufgezeigt. Wir haben sehr schnell auf Onlinekonferenzen umgestellt und werden dieses Instrument weiterhin als Ergänzung nutzen, um noch mehr Beteiligung zu ermöglichen. Mit dieser Ausgabe der HinterGRÜNde gehen wir ebenfalls einen neuen Weg – auf zusätzlichen Seiten heben wir den regionalen Bezug unserer Arbeit noch stärker hervor. Auch wenn weiterhin Abstand geboten ist – wir rücken so alle näher zusammen, denn Demokratie braucht, nicht nur in Krisenzeiten, Zusammenhalt und Zusammenarbeit. ◀◀

Mit freundlichen Grüßen

ARTENSTERBEN

STRALSUND MUSS GRÜNER WERDEN



Artenvielfalt als Teil der biologischen Diversität bedeutet an erster Stelle das Vorkommen vielfältiger Pflanzen- und Tierarten. Seit Jahren weisen wissenschaftliche Untersuchungen nach, dass die Biodiversität weltweit abnimmt. Dabei ist die Menschheit nicht nur Verursacherin des Artenrückgangs, sondern zugleich auch Betroffene, denn das Vorkommen einer reichhaltigen Flora und Fauna ist für den Fortbestand der Spezies Mensch existenziell. Die BÜNDNISGRÜNE Bürgerschaftsfraktion hat deshalb in der Sitzung im August zwei Anträge eingereicht, die darauf abzielen, die Artenvielfalt in der Stadt zu fördern.

Zum einen wird der Oberbürgermeister dazu aufgerufen, zukünftige Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen für Bauprojekte und anderweitige Eingriffe in die Natur, die im Rahmen der nationalen Gesetzgebung erfolgen müssen, auf dem Gebiet der Hansestadt durchzuführen.

► Fortsetzung auf Seite 2

Blühende Felder – aber nicht auf städtischen Pachtflächen



CHANCE FÜR DIE VERKEHRSWENDE

NAHVERKEHRSPLAN DES LANDKREISES

Wie soll der ÖPNV im Landkreis zukünftig aussehen? – mit dieser Frage beschäftigt sich der mit Beginn der Legislatur durch den Kreistag eingerichtete Mobilitätsausschuss. Mit Rolf Martens stellt unsere Fraktion den stellvertretenden Ausschussvorsitzenden. Wir haben aus der Fraktion heraus eine AG Mobilität auf Parteiebene initiiert, die offen für externe Fachleute ist und die die Fraktion zum Thema Mobilität/Nahverkehrsplan berät und unterstützt.

Derzeit liegt der Anteil der Nutzung des ÖPNV am Gesamtverkehrsaufkommen in unserem Landkreis bei gerade einmal 5%. Ziel des Landkreises ist es, diesen Anteil innerhalb der nächsten 4 Jahre zu verdoppeln. Das ist uns deutlich zu wenig. Für den notwendigen Umstieg vom Individualverkehr auf den ÖPNV muss das Angebot rasch verbessert und ausgeweitet werden. Das bedeutet, sich von der Nahverkehrsplanung „nach Bedarf“ zu verabschieden.

► Fortsetzung auf Seite 2

SPENDEN FÜR STRALSUNDER PROJEKTE UND VEREINE

DER ÖKO- SOZIAL-FONDS

Als nach den beiden letzten Kommunalwahlen die Mehrheit der Bürgerschaft eine erhebliche Erhöhung der Aufwandsentschädigungen für Bürgerschafts- und Ausschussmitglieder beschloss, stimmte die BÜNDNISGRÜNE Fraktion dagegen. Da wir uns aber nicht durchsetzen konnten, kreierten wir den Öko-Sozial-Fonds: Fraktions- und Ausschussmitglieder spenden den Differenzbetrag für förderungswürdige Stralsunder Projekte und Vereine. Egal, ob aus dem ökologischen, sozialen, kulturellen oder Sport-Sektor – unterstützt werden Initiativen, die sich für das Gemeinwohl einsetzen, weitgehend ehrenamtlich arbeiten und „knapp bei Kasse“ sind. So haben wir zuletzt z.B. den Küstenkosmos 2020, die AG Flüchtlingshilfe, den Verein Tutmonde und die Bühne Blechwerk unterstützt. Auch die BÜNDNISGRÜNE Kreistagsfraktion hat einen solchen Öko-Sozial-Fonds für den Landkreis aufgelegt. Wir freuen uns über die sehr positive Resonanz und auf neue Anträge. Vereine und Projekt-Leitungen können sich gerne bei den Fraktionen (Kontaktadressen unten) für eine solche Hilfe melden. ◀◀



Spendenübergabe

So finden Sie uns:

**Fraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN/FR
im Kreistag Vorpommern-Rügen**

Alter Markt 7

18439 Stralsund

Tel.: 0049 3831 4847981

Mail: kreistagsfraktion@gruene-vr.de

www.gruene-vr.de/kreistagsfraktion

**Fraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN/
Die Partei in der Bürgerschaft der
Hansestadt Stralsund**

Rathaus, Alter Markt 1

18439 Stralsund

Tel.: 0049 3831 252236

Mail: gruene.fraktion@stralsund.de

www.gruene-fraktion-stralsund.de

STRALSUND MUSS GRÜNER WERDEN



◀ Josefine Kümpers,
Bürgerschaftsfraktion
Stellv.
Fraktionsvorsitzende

Denn bisher ist es gängige Praxis, diese auf städtischen Ländereien auf der Insel Rügen umzusetzen. Dadurch profitiert die Bevölkerung der Stadt nur mäßig von den positiven Effekten eines grüneren Lebensraumes. Dass der GRÜNE Antrag durch die Mehrheit der Bürgerschaft abgelehnt wurde, war vermutlich vor allem damit begründet, dass die Stadtverwaltung vortrug, im Stralsunder Stadtgebiet kaum noch Flächen vorhalten zu können, auf denen ein ökologischer Ausgleich möglich sei. Offenkundig wurde damit eine offensive Planungs- und Baupolitik der Stadtspitze, in der ökologische Kriterien nachrangig sind.

Zum anderen wurde der Oberbürgermeister gebeten zu prüfen, inwieweit Fördergelder aus dem sogenannten „Masterplan Stadtnatur“ beantragt und in Anspruch genommen werden können. Mit Hilfe dieser Fördergel-

der könnten Naturschutzmaßnahmen realisiert werden, die aufgrund finanzieller Zwänge sonst eventuell nicht realisierbar wären. Es ist erfreulich, dass dieser Antrag eine breite Mehrheit fand. Auf diese Art und Weise ist es über den „Finanzhebel“ möglich, die Stadt ein wenig grüner zu machen.

Ein besonders „dickes Brett“ haben wir uns nun für die nächsten Wochen und Monate vorgenommen – die Vergabepaxis der Hansestadt Stralsund für die städtischen Agrarflächen. Die Landwirtschaft gilt als eine Hauptverursacherin des Artensterbens. Monokulturen, der intensive Einsatz von Chemie auf dem Acker und die Überdüngung der Felder tragen dazu bei.

Stralsund verfügt über mehr als 5000 Hektar Ackerland und etwa 2000 Hektar Grünland. Angesichts dieser erheblichen Flächen

könnte die Hansestadt für den Natur- und Artenschutz in der Region wirklich etwas bewegen, wenn in den Pachtverträgen ökologische Kriterien Berücksichtigung finden würden. Aber, Fehlanzeige – für die Bio-Landwirtschaft werden gar keine Flächen zur Verfügung gestellt. Hier schlummert ein riesiges Potenzial, um zu einer bunten und artenreichen Landschaft beizutragen und einen wichtigen Beitrag für die Biodiversität in unserer Region zu leisten. ◀◀

Antrag
Masterplan „Stadtnatur“



Antrag
Naturräume schaffen



Schwindende Lebensräume auch in M-V

Zwischen 1953 und 2013 reduzierte sich das extensive Grünland in Mecklenburg-Vorpommern von 387.000 auf nur noch 67.000 Hektar. 2/3 aller Blütenpflanzenarten des genutzten Grünlandes in Mecklenburg-Vorpommern stehen inzwischen auf der Roten Liste. Innerhalb von sechs Jahren ist der Anteil landwirtschaftlicher Nutzfläche mit hohem Naturwert im Land um 23 % gesunken und liegt jetzt unter dem deutschlandweiten Mittelwert. Täglich werden in Mecklenburg-Vorpommern 0,5 Hektar Boden – die Fläche eines Fußballfeldes – durch Siedlungs- und Verkehrsflächen versiegelt.

NAHVERKEHRSPLAN DES LANDKREISES



◀ Rolf Martens,
Kreistagsfraktion
Stellv. Vorsitzender des
Mobilitätsausschusses

Denn der wird anhand der derzeitigen Nutzung ermittelt. Nur, wenn es zu wenig ÖPNV gibt, wird dieser natürlich auch wenig genutzt – im Ergebnis: geringe Nutzung = geringer Bedarf = geringes Angebot. Der Bedarf muss also geweckt werden und das gelingt nur mit einem gut ausgebauten ÖPNV. Deshalb fordern wir:

- eine bessere Anbindung und engere Vertaktung des ÖPNV im Landkreis
- die Einführung eines Rufbussystems
- ein einheitliches Ticketsystem im gesamten Landkreis
- Verkehrsverbünde an den Knotenpunkten zwischen Bahn und Bus sowie an den Landkreisgrenzen

Die Einbindung der Ämter und Gemeinden bei der Erstellung des Nahverkehrsplans versteht sich für uns von selbst. Die Mitarbeit von Interessengruppen, Elternräten,

Menschen mit Schwerbehinderung und Seniorenvertreter*innen im ÖPNV-Beirat begrüßen wir ausdrücklich. Fahrplankonferenzen haben sich bewährt. Darüber hinaus, müssen aber auch die Nutzer*innen aktiv in die Beratungen einbezogen werden. Auf unsere Initiative hin soll das mit dem ersten Entwurf der Nahverkehrsplanung beauftragte Planungsbüro dafür einen Vorschlag erarbeiten. Ende 2021 soll der Nahverkehrsplan stehen, inklusive eines Haltestellenkatasters, das die Umsetzung der gesetzlichen Regelungen zur Barrierefreiheit beurteilt und auflistet, welche weiteren Maßnahmen zum Aus- und Neubau von Haltestellen erforderlich sind.

Weitere, wesentlich durch unsere Fraktion getragene Themen sind die Mitnahmemöglichkeiten von Fahrrädern im ÖPNV und der Erhalt und Ausbau des Radwegenetzes. Die Prioritätenliste des Landkreises zum Ausbau des Radwegenetzes von 2018 ist zu überprüfen. Hier suchen wir die enge Zusammenarbeit mit dem neuen Radwegebeauftragten des Landkreises.

Unser Beispiel, externe Fachleute frühzeitig in unsere Beratungen einzubeziehen hat im Übrigen Schule gemacht. Im Mobilitäts-

ausschuss haben sowohl Vertreter*innen des VCD als auch des Seniorenbeirates ein dauerhaftes Rederecht und auch interessierte Bürgerinnen und Bürger dürfen gern das Wort ergreifen, ihre Beiträge sind wertvoll und wichtig für unsere politische Arbeit. Auch unser Antrag zur Anpassung der Schülerfreizeitkarte fand im Juni 2020 im Mobilitätsausschuss breite Zustimmung – der Anfang für den Umstieg ist also gemacht. ◀◀

Die Zukunft des Nahverkehrs? - E-Bus im Test



Antrag
Schüler-Freizeitticket

NATIONALPARK VOR TOURISTISCHER ÜBERLASTUNG SCHÜTZEN

Mitglieder der BÜNDNISGRÜNEN Kreistagsfraktion und Gäste besuchten Mitte August den Nationalpark Vorpommersche Boddenlandschaft. Am Darßer Nothafen begann die Führung rund um den Leuchtturm „Darßer Ort“ unter fachkundiger Begleitung durch den Leiter des Nationalparkamtes, Gernot Haffner und die Rangerin Sabrina Haufe.

Im Laufe des dreistündigen Rundgangs wurde erneut deutlich, welch intensiver Betreuung der Nationalpark durch das Amt und dessen Mitarbeiter*innen bedarf, auch wenn das Motto des Nationalparks „Natur, Natur sein lassen“ lautet. Und auch, wenn das Nationalparkamt als Landesbehörde direkt dem Umweltministerium zugeordnet ist, können und wollen wir im Kreistag diese Arbeit unterstützen. Dass das geht, zeigt unsere Zusammenarbeit beim Thema „Dünenzäune“, die nun - zumindest teilweise - wiedererrichtet werden sollen. Aber auch bei anderen Punkten sehen die Mitarbeiter*innen des National-



Amtsleiter Haffner im Gespräch mit Albrecht Kiefer (Kreistagsfraktion) am Darßer Nothafen

parkamtes akuten Handlungsbedarf. Der im politischen Raum gern propagierte Pfad des „sanften Tourismus“ ist im Nationalpark schon längst verlassen worden. Im Sommer übersteigen die täglichen Besucherzahlen häufig die noch vertretbaren Kapazitäten. Stand-Up-Paddler und Kite-Surfer durchqueren unbekümmert die flachen Schutzzonen vor der Küste und stören damit Tiere und Vögel. Ordnungsgelder für wildes Campen fallen selbst in der Kernzone so niedrig aus, dass sich ein Verstoß im Vergleich zu den normalen Campingplatzkosten schon fast rechnet. Wir werden auf Kreis- und Landesebene nachfragen, welche Steuerungsinstrumente hier denkbar sind und mit allen Beteiligten nach annehmbaren Lösungen suchen.

Wir bedanken uns sehr beim Amtsleiter Herrn Haffner und der Rangerin Frau Haufe für eine außerordentlich interessante und informative Führung. ◀◀

WINDENERGIE

RICHTENBERG UND WITTENHAGEN



Dirk Niehaus,
Kreistagsfraktion
Mitglied im Regionalen
Planungsverband

Entwurf
RREP VP



Vor Ort formiert sich oft Widerstand, wenn bekannt wird, dass in der Nähe eines Ortes Windkraftanlagen errichtet werden sollen. Bürger*innen befürchten einen Wertverfall ihrer Immobilien, Schlagschatten und Infraschall und sehen den freien Horizont gefährdet. Das ist nachvollziehbar. Auf der anderen Seite brauchen wir die Windenergie, um trotz wachsendem Energiehunger unserer Industrie- und Wohlfahrtsgesellschaft die Klimaschutzziele zu erreichen. Dieser Interessenkonflikt zwingt immer wieder zu sehr sorgsamem Abwägen bei den Entscheidungen für bzw. gegen die Errichtung von Windkraftanlagen in bestimmten Regionen. Die GRÜNE Position dazu ist vielleicht unbequem, aber klar und unmissverständlich. Oberste Priorität hat der Klimaschutz. Wir müssen alles für eine Begrenzung der Erderwärmung und deren drastische Folgen tun. Das bedeutet den schnellen Ausstieg aus fossilen Energieträgern Kohle, Öl und Gas. Atomstrom kommt

zur Kompensation wegen der unkalkulierbaren Risiken und der ungelösten Endlagerfrage für uns nicht in Frage. Es bleiben nur die erneuerbaren Energien, bei denen Windstrom eine sehr bedeutende Rolle spielt.

Absolutes Muss ist eine verlässliche und transparente Planung der Windeignungsflächen. Dazu dient das „Regionale Raumentwicklungsprogramm“ (RREP). Für Vorpommern gibt es ein solches aufgrund eines Urteils des Bundesverwaltungsgerichtes allerdings nicht. Damit dürfen – unter

Berücksichtigung emissionschutzrechtlicher Bestimmungen – nahezu überall im Landkreis Windkraftanlagen errichtet werden. Zur Verhinderung des „Wildwuchses“ arbeitet der Regionale Planungsverband seit 7 Jahren an einem neuen RREP (siehe Infokasten).

Wir begrüßen diesen Vorhaben grundsätzlich, wollen aber mit den Bürger*innen vor Ort ins Gespräch kommen und ihnen alle Information zukommen lassen, die sie für eine Beurteilung der Vorhaben benötigen. Sprechen Sie uns aber gerne auch direkt an. Sie erreichen uns telefonisch unter den auf Seite 1 genannten Kontaktdaten. ◀◀

Änderungen für Vorpommern-Rügen im letzten Entwurf des RREP:

- Eignungsfläche in Gingst auf Rügen entfällt
- Ausweis neuer Windeignungsflächen:
 - ca. 80 Hektar in Wittenhagen
 - ca. 50 Hektar in der Nähe von Richtenberg

Strommix in Deutschland 2019

Konventionelle Energie: 54%	
⇒ Braunkohle: 19,8%	
⇒ Kernenergie: 13,8%	
⇒ Erdgas: 10,5%	
⇒ Steinkohle: 9,5%	
Erneuerbare Energie: 46%	
⇒ Windenergie: 24,5%	
⇒ Photovoltaik: 9,1%	
⇒ Biomasse: 8,6%	
⇒ Wasserkraft: 3,8%	

Quelle: Fraunhofer ISE

115 MIO. EURO INVESTITIONEN

DIE DARSSBAHN KOMMT



Heiko Zahn,
Sachkundiger Einwohner Kreistagsfraktion
Mitglied der Bürgerinitiative
„Keine Bahn ist keine Lösung“

Nachdem die Freigabe von 25 Mio. Euro durch die Bundesregierung bereits seit längerem erfolgt war, hat nun endlich auch das Land seinen Finanzierungsanteil von rund 89 Mio. Euro fest zugesagt. Die Darßbahn kommt! Bis 2025 sollen der erste Abschnitt zwischen Barth und Meiningenbrücke fertiggestellt sein und die Planungen für den Brückenneubau stehen, gegen Ende des Jahrzehnts soll die Bahnstrecke bis nach Prerow fertig sein. Seit Jahren setzt sich unsere Kreistagsfraktion für die Wiederinbetriebnahme der Darßbahn ein. Nun heißt es, dafür zu sorgen, dass die Darßbahn neben der Bedienung touristischer Anforderungen auch eine echte Mobilitätsalternative für die Einheimischen bietet. Eine enge Taktung, klimaneutrale Antriebskonzepte, ein modernes Haltestellenmanagement und genug Beförderungskapazität - auch für Fahrräder - sind unsere grundsätzlichen Forderungen, die wir den Planern ins Pflichtenheft schreiben. ◀◀

FORDERUNG NACH (EIGENER) SCHWIMMHALLE



Richard Kinder,
Bürgerschaftsfraktion
Sachkundiger Einwohner
Vorsitzender des
Ausschusses für Sport

Stralsund will Sportstadt sein. Doch dafür reicht es nicht, ein paar publikumswirksame Sportevents zu veranstalten. Entscheidend sind die Sportmöglichkeiten für die Bürger*innen, egal, ob für den Sport allein oder in einem der vielen Sportvereine der Stadt. Und dafür braucht es moderne, attraktive und funktionale Sportstätten. Die Entwicklung der Sportstätten der Hansestadt ist deshalb eines der wichtigsten Themen des Sportausschusses der Bürgerschaft, dem Richard Kinder aus der GRÜNEN Fraktion vorsitzt. Dabei geht es aber nicht etwa nur um den Freizeitsport. Selbstverständlich hat das Angebot der Sportstätten für den Schulsport eine besondere Bedeutung. Dass Schülerinnen und Schüler teilweise wegen fehlender Sportstätten keinen Sportunterricht haben oder lange Wege zum Sportunterricht auf sich nehmen müssen, ist für eine Sportstadt ein nicht hinzunehmender Zustand. Das gilt nicht zuletzt für den Schwimmunterricht, für den derzeit auf den privaten „Hansedom“ zurückgegriffen werden muss. Diese Abhängigkeit will die GRÜNE Fraktion beseitigen. Wir wollen, dass die Hansestadt während des noch 8 Jahre laufenden Vertrages mit dem „Hansedom“ eine eigene Schwimmhalle baut. Ein teures Prestigeobjekt auf der Hafeninsel für Touristen, wovon andere Parteien träu-

men, brauchen die Stralsunder Schüler*innen und Sportler*innen allerdings nicht. Benötigt wird vielmehr eine gut erreichbare, funktionale Schwimmhalle mit ausreichenden Kapazitäten für den Leistungs-, Breiten- und Schulsport. Wie das in einem vernünftigen finanziellen Rahmen geht, macht das kleine Städtchen Bergen auf Rügen der „großen“ Hansestadt Stralsund gerade vor (siehe Infokasten). ◀◀

Schwimmhallenplanungen in Bergen auf Rügen

Ausstattung:

- 25-Meter Schwimmbecken mit 5 Bahnen
- 1-Meter Sprungbrett und 3-Meter Sprungturm für Schwimmabzeichenprüfungen
- Lehrschwimmbecken mit stufenlosem Hubboden für Nichtschwimmer und Kurse
- Tauchtiefe von 4,50 m für die Prüfungen der DLRG

Gesamtkosten: ca. 11,5 Mio. EUR davon
ca. 2,2 Mio. EUR Baunebenkosten
ca. 4,5 Mio. EUR Bauwerk
ca. 3,5 Mio. EUR technische Anlagen
inkl. BHKW

Förderung: 4,75 Mio. EUR

OB WILL „AKTIVES KLIFF“ ZU STRAND UMBAUEN

An der Küste zwischen Andershof und Devin liegt ein „aktives Kliff“. Dieses unterliegt natürlichen Veränderungen. Wind und Wellen sorgen seit je her für einen stetigen Rückgang der Küstenlinie. Nach Schätzungen könnte diese in 100 Jahren etwa 10 bis 15 m landeinwärts verlaufen. In der auf dem Kliff liegenden Gartenanlage „Am Bodden“ sieht man das mit großer Sorge. Bereits jetzt stehen etliche Lauben direkt an der Kliffkante. Für einige Terrassen wurde bereits die Nutzung untersagt. Mit einer Kleinen Anfrage wollte die GRÜNE Bürgerschaftsfraktion wissen, wie die Stadt den Gartennutzern helfen will. Der Vorschlag von OB Alexander Badrow (CDU): Er will einen Strand aufschütten - naturschutzrechtliche Bedenken interessieren nicht, das Bundesnaturschutzgesetz müsse eben „hintenangestellt“ werden.

Unabhängig von der fragwürdigen Naturschutzposition des OB ist den Bürger*innen vor Ort damit aber nicht geholfen. Diese wissen, dass sich der Sund bei Ostwind und mit Sturmflut unaufhörlich landeinwärts „frisst“. Daran werden – noch nicht absehbare – Sandaufschüttungen nichts ändern. Wir drängen darauf, mit den betroffenen Bürger*innen nach Alternativen zu suchen. Lösungsvorschläge bar jeder Realität helfen allerdings nicht weiter. ◀◀

Anfrage zum
Küstenabbruch



GUTACHTER EMPFEHLEN WENIGER AUTOVERKEHR



Rainer Starke,
Bürgerschaftsfraktion
Sachkundiger Einwohner
Stellv. Mitglied im
Ausschuss für Bau,
Umwelt, Klimaschutz und
Stadtentwicklung

Wussten Sie, dass die Stralsunder Bürger*innen in unserer Stadt im Schnitt 3,6 Wege pro Tag zurücklegen und dabei ca. 63 Minuten unterwegs sind? Dies ist ein Ergebnis aus der Verkehrserhebung zur Mobilität in Städten. Diese Datenbasis ist wichtig, denn bisher bewegt sich die Grundlage für kommunal- und verkehrspolitische Entscheidungen eher im gefühlten Bereich. Daher hatten wir die Durchführung dieser Studie vor zwei Jahren beantragt und konnten uns durchsetzen. Einige Ergebnisse:

- *Der rein innerstädtische Anteil des Rad- und Fußgängerverkehrs beträgt insgesamt 56 %! Angesichts der Tatsache, dass Radfahrer*innen gerade im Bereich des Stadtzentrums überaus schlechte Bedingungen vorfinden, besteht hier dringender Verbesserungsbedarf.*
- *Die Nutzung des ÖPNV hat in Stralsund nur einen Anteil von 6% am Gesamtverkehr. Wir sind sicher, dass sich dies deutlich steigern ließe, hätten wir bessere Bedingungen bei Bus und Bahn.*

Wussten Sie,

dass 26.840 Autos in Stralsund gemeldet sind (Tendenz steigend) und 1.482 Motorräder (Tendenz gleichbleibend) hoffentlich nicht alle zugleich und hoffentlich nicht alle zu laut durch die Stadt fahren. 8 Buslinien bietet der öffentliche Nahverkehr an und mit einem Streckennetz von 99,5 Kilometer werden jährlich knapp 4,7 Millionen Fahrgäste befördert (Tendenz sinkend). Während mit der Weißen Flotte 100.279 Menschen u.a. nach Altefähr und Hiddensee (Tendenz sinkend) fahren, schauen sich 33.290 Fahrgäste (Tendenz steigend) die Stadt vom Wasser aus bei einer Hafenrundfahrt an. Quelle: Kraftfahrtbundesamt

Die Gutachter schlugen auch Verbesserungen vor:

„Es ließe sich aus den Kennwerten ein Verlagerungspotential vom motorisierten Individualverkehr (MIV) auf den Rad- bzw. den ÖV ableiten und das Ziel, durch Reisezeitverkürzungen das ÖV-Angebot als Alternative zur Fahrt mit dem Pkw attraktiver zu gestalten.“ Jetzt müssen den Worten Taten und Mehrheiten folgen. ◀◀

BEDROHUNG FÜR DIE ATTRAKTIVE ALTSTADT



◀
Jürgen Suhr,
Bürgerschaftsfraktion
Fraktionsvorsitzender

Wenn man den CITTI-PARK Lübeck, ein Einkaufszentrum auf der „Grünen Wiese“ am Rande der Stadt googelt, dann wird man freundlich begrüßt: „Die ganze Welt des Shoppings unter einem Dach, über 90 Läden, exklusive Produktvielfalt – der CITTI-PARK Lübeck ist das Einkaufserlebnis der Superlative“.

Auf diese Art und Weise, selbstbewusst und von sich überzeugt, wirbt das Einkaufszentrum in Lübeck und es ist den CITTI-PARK-Machern Lütje und Rottes nicht zu verübeln, dass sie vollmundig auf ihr Einkaufszentrum aufmerksam machen. Nun soll auch in Stralsund eine Ausweitung her und sowohl die Mehrheit der Bürgerschaft wie auch Oberbürgermeister Alexander Badrow treiben die vergleichbare Erweiterung des Strelaparks zwischen Grünhufe und Knieper-West engagiert voran.

Dass eine Politik, die Einkaufszentren am Rande der Stadt stärkt, damit automatisch die Innenstädte schwächt, ist keine wunderbare Erkenntnis, sondern ein Fakt, auf den sich viele Fachleute berufen. Ein Euro kann nur einmal ausgegeben werden und wenn ein großzügiges Parkplatzangebot ebenso lockt wie Spaß und Klamauk oder eine Shoppingwelt, die nichts vermissen lässt, dann hat es der gute alte Einzelhandel in der Innenstadt sehr schwer.

Die Bürgerschaftsfraktionen von CDU/FDP, Linken und AfD sowie die Bürger für Stralsund haben daher die Aufstellung eines Bebauungsplanes für die Erweiterung des Strelaparks beschlossen. Geplant ist eine Erweiterung der Verkaufsfläche um etwa

5.500 m² mit zentrenrelevanten Sortimenten sowie Gastronomie und Dienstleistungen. Die durch den Erweiterungsbau verlorengehenden Parkplätze sollen durch etwa 400 neue Stellplätze ersetzt werden, wobei auch eine größere Stellplatzanzahl überlegt wird. Derzeit sind es schon ca. 17.000 m² Verkaufsfläche im Strelapark, die sich auf etwa 30 Einzelhändler verteilen. Damit stellt der Strelapark neben der Altstadt Stralsunds den zweiten bedeutenden Einzelhandelsstandort im Stadt-Umland-Raum dar. Dass angesichts der Corona-Krise viele Einzelhändler vor dem Aus stehen, hat CDU, FDP, Linke, AfD und Bürger für Stralsund wenig gestört und das macht deutlich, mit welcher Ignoranz die Bürgerschaftsmehrheit den Altstadthändlern gegenübertritt. Der Antrag der GRÜNEN Fraktion, das Verfahren so lange auszusetzen, bis verlässliche Einschätzungen zu den Folgen der Corona-Krise für den Einzelhandel in Stralsund und insbesondere in der Stralsunder Altstadt vorliegen, wurde mit deutlicher Mehrheit abgelehnt.

Doch die Altstadthändler müssen sich noch mit einer weiteren Ansiedlung auseinandersetzen. Der Möbelriese XXXLutz will sich in Stralsund in der Nähe des Werftkreises ansiedeln. Auf der Freifläche hinter McDonalds an der Greifswalder Chaussee soll ein knapp 20 Meter hohes Gebäude errichtet werden. Etwa 27.500 Quadratmeter Verkaufsfläche für die Möbelmärkte XXXLutz und Mömax sollen entstehen.

Dieser Möbelkonzern mit mehr als 5 Milliarden Euro Umsatz pro Jahr hat eine Marktmacht, gegen die kleine und mittlere mittelständische Unternehmen im Wettbewerb keine Chance haben. Die Altstadt wird insbesondere dadurch betroffen sein, dass XXXLutz nicht nur mit Möbeln handelt. Ein umfangreiches Nebensortiment, das in

anderen XXXLutz-Geschäften auch schon einmal 25% des Angebotes ausmacht, ist innenstadtrelevant. Das Angebot von jeder Art von Haushaltswaren über Bettwäsche und Heimtextilien bis hin zu Dekoartikeln steht in direkter Konkurrenz zum Angebot in der Altstadt.

Am 1. Oktober hat die Bürgerschaft mit einer hauchdünnen Mehrheit von 22 Ja und 21 Nein-Stimmen beschlossen, den Bebauungsplan 23 für XXXLutz aufzustellen. CDU, FDP, Bürger für Stralsund und Teile der AfD stimmten dafür. Wir werden alle Möglichkeiten nutzen, um die Altstadt zu schützen. Die Fehler, die in anderen Innenstädten zu einem massiven Attraktivitätsverlust der Altstadt geführt haben, werden wir nicht zuzulassen. Die politische Auseinandersetzung dazu hat gerade erst angefangen. ◀◀

- **229 Seiten** umfasst das Regionale Einzelhandelskonzept für den Stadt-Umland-Raum (REHK SUR) und soll die Entwicklungspotenziale des Einzelhandels erfassen und Empfehlungen geben.
- Neben der Hansestadt Stralsund werden auch Stadt-Umland-Gemeinden einbezogen, in diesem Fall Altefähr, Kramerhof, Lüssow, Pantelitz, Steinhagen, Sundhagen und Wendorf.
- Von zentraler Bedeutung ist aber die Frage, ob der Strelapark erweitert werden darf oder aber mit seinen bisherigen Flächen auskommen muss. Die Strelaparkangebote werden derzeit auf 17.000 qm offeriert. 5500 qm sollen noch dazu kommen.
- Die Mehrheit der Bürgerschaft hatte es eilig und stimmte der Strelapark-Erweiterung zu. Das verwundert, denn bis heute ist das REHK noch gar nicht beschlossen.

BILDUNGS- UND TEILHABEPAKET

LEISTUNGEN MÜSSEN ANKOMMEN



◀
Anett Kindler,
Kreistagsfraktion
Stellv.
Fraktionsvorsitzende

50 EURO – diesen Betrag sollen Leistungsempfänger*innen des Bildungs- und Teilhabepaketes der Bundesregierung (BuT-Empfänger*innen) erhalten, um zusätzliche Aufwendungen während der Corona-Einschränkungen auszugleichen. So lautet der Antrag unserer Kreistagsfraktion. Die Zusatzkosten sind entstanden, weil die eigentlich über BuT-Mittel finanzierte Mittagsversorgung durch die Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen während der Beschränkungen häufig nicht möglich war. Dies bedeutete für die betroffenen Familien eine zusätzliche finanzielle Belas-

tung. Der mit unserem Antrag genannte Pauschalbetrag soll dies würdigen und einen Beitrag zur finanziellen Entlastung der BuT-Leistungsempfänger*innen leisten. Der Kreistag stimmte dem Antrag in der Sitzung am 15.06.2020 in der Form mehrheitlich zu, dass die Verwaltung zunächst prüft, ob die Weitergabe des Geldes rechtlich möglich ist. Wenn ja, wird die Unterstützung ausgezahlt.

◀◀



Antrag zum
Bildungs- und Teilhabepaket

KÖNIGSLINIE SASSNITZ - TRELLEBORG ZUKUNFT FÜR DEN FÄHRVERKEHR



Dr. Carmen Kannengießer,
Kreistagsfraktion
Mitglied im Ausschuss für
Wirtschaft, Tourismus und
Digitalisierung

Anfrage
zur Königslinie



Im Frühjahr schockte die Nachricht von der Einstellung der Fährverbindung Sassnitz-Trelleborg die Region. Unsere Fraktion reagierte umgehend und richtete eine Anfrage an den Landrat, um Aufklärung darüber zu erhalten, wie Landrat und Kreisverwaltung die Situation bewerten und welche Schritte sie für den Erhalt der „Königslinie“ unternehmen werden. Der Fährhafen Sassnitz-Mukran mit seiner prädestinierten Lage wirkt unterdessen verwaist, bisher erfolgte Investitionen



Aufbruch in eine neue Zeit oder Ende einer Ära?

in Millionenhöhe scheinen verloren, die wirtschaftlichen Auswirkungen auf die gesamte Region und der drohende Verlust mehrerer hundert sicher geglaubter Arbeitsplätze sind nicht hinnehmbar. Deswegen ist es notwendig, den Fährhafen weiterzuentwickeln und in zukünftige Verkehrsplanungen einzubinden. Wir fordern, die Bahnanbindung des Hafens zu verbessern und neben dem Personentransport auch den Waren- und Güterverkehr wieder per Schiene zu ermöglichen. Die Infrastruktur dafür ist vorhanden. Ein Kreistagsbeschluss aus dem Sommer nimmt das Anliegen, die Königslinie zu erhalten, auf. Seit Mitte September verkehrt wieder eine Fähr zwischen Sassnitz und Ystad. Ein erster Schritt, welcher jedoch bei Weitem nicht ausreicht, um das Potential der Strecke auszuschöpfen. ◀◀

TOURISMUS AUF RÜGEN

DIE GRENZEN DES WACHSTUMS



Sebastian van Schie,
Sachkundiger Einwohner
Mitglied im Ausschuss für
Umwelt, Landwirtschaft,
Fischerei- und Forstwirtschaft

Knapp 80.000 Menschen leben auf der Insel Rügen und sehr viele von Ihnen leben vom Tourismus. Doch mit über 6 Millionen Übernachtungen pro Saison ist der Tourismus an seine Grenzen geraten, die touristischen Kapazitätsgrenzen sind erreicht. Immer mehr Ferienhäuser und -wohnungen werden gebaut, bisher naturbelassene

Landschaften und Küstenabschnitte immer stärker durch den Tourismus beeinträchtigt und schleichend verändert sich damit der Charakter der Insel.

Auch wenn fast 2/3 der Fläche der Insel Rügen durch Nationalparks und Naturschutzgebiete geprägt sind, gibt es immer wieder geschickte Investoren, die mit Hilfe von Planern und Architekten Flächen bebauen wollen, die eigentlich dem Naturschutz vorbehalten sind. Auch der Charakter der Orte und damit der Insel verändert sich nachhaltig. Das Rügen-Radio-Großprojekt in Lohme, die geplante Bebauung im Außenbereich von Göhren oder der Versuch einer Bebauung des Naturcampingplatzes in Pritzwald sind nur einige Beispiele dafür, dass Rügen für Investoren eine immense Anziehungskraft hat.

Die Rügäner sind gut beraten, Fehler ande-

rer Regionen nicht zu wiederholen. Langfristig rechnet es sich, die Auswirkungen des Tourismus auf die Natur möglichst gering zu halten. Die Möglichkeit, Natur intensiv und ursprünglich zu erleben, ist ein Standortvorteil. Ein sanfter Tourismus, der die Atmosphäre der Insel bewahrt, ist damit im Interesse aller Gemeinden auf Rügen. Und so ist es gut, dass sich immer mehr Menschen in Bürgerinitiativen den überbordenden Plänen mancher Investoren entgegenstellen - ein gutes Zeichen für die Demokratie und gut für die Insel, deren Zukunft darin liegt, die Natur zu bewahren und den sanften Tourismus nachhaltig zu entwickeln.

Die Fraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN/FR hat an den Landrat eine Anfrage gerichtet, mit der die Daten und Fakten für die Tourismusentwicklung hinterfragt werden sollen. ◀◀

BERUFSSCHULSTANDORT SASSNITZ

AUSBILDUNG VOR ORT SICHERN

Bei einem Ortstermin in der Außenstelle des Regionalen Beruflichen Bildungszentrums in Sassnitz erörterte die BÜNDNISGRÜNE Kreistagsfraktion mit dem Schulleiter Herrn Dr. Hentschel und dem Außenstellenleiter Herrn Reichel die aktuelle Situation der Einrichtung. Angesichts der Planungen für den Neubau eines Berufsschulcampus

in Stralsund macht sich die Sorge breit, dass dies zu Lasten der Außenstandorte gehen könnte. Dabei wurde z.B. in Sassnitz mit hohem Fördermittelaufwand ein modernes Ausbildungszentrum geschaffen, was weit unter seinen Möglichkeiten genutzt wird. Derzeit werden nur ca. 500 Schüler*innen ausgebildet, statt möglicher 1.600.

Handwerk und Gastronomie in der Region brauchen dringend Fachkräfte. Diese ins Land zu holen, ist ungleich schwieriger, als hier ausgebildeten Nachwuchs in den lokalen Betrieben zu halten. Und deshalb braucht es gute Ausbildungsmöglichkeiten

„vor Ort“. Notwendig ist ein klares Bekenntnis von Politik und Wirtschaft zu den verschiedenen Berufsschulstandorten im Kreis. Wir sprechen uns gegen eine Zentralisierung der beruflichen Bildung aus. Die Planungen des neuen Berufsschulcampus in Stralsund werden wir deshalb eng und kritisch begleiten. ◀◀



IMPRESSUM

Herausgeber der Ausgabe I/2020:

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/FR im Kreistag Vorpommern-Rügen, Alter Markt 7, 18439 Stralsund und

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI in der Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund, Rathaus, Alter Markt 1, 18439 Stralsund

Redaktion: Katja Danter, Carmen Kannengießer, Albrecht Kiefer, Richard Kinder, Anett Kindler, Josefine Kümpers, Rolf Martens, Dirk Niehaus, Axel Peters, Sebastian van Schie, Rainer Starke, Jürgen Suhr, Arnold von Bosse, Ludwig Wetenkamp, Heiko Zahn

Vi.S.d.P.: Rolf Martens, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/FR im Kreistag Vorpommern-Rügen, Alter Markt 7, 18439 Stralsund